

Begründung

für die 4. Änderung des Bebauungsplanes "Enkerberg II,
I. und II. B.A. im Stadtteil Wiebelskirchen

Der rechtskräftige Bebauungsplan "Enkerberg II wurde vom Gemeinderat Wiebelskirchen am 12.5.1965 als Satzung beschlossen und mit Datum vom 5.11.1965 genehmigt. Eine 2. Änderung erfolgte am 24.6.1969, genehmigt mit Datum vom 11.7.1969, und eine 3. Änderung am 25.5.1971, genehmigt mit Datum vom 6.8.1971.

Seine Aufstellung wurde erforderlich zur städtebaulichen Ordnung einer Bebauung rechts der Steinbacher Straße.

1.) Veranlassung zur Änderung des Bebauungsplanes

- a) Für einen Teil der bestehenden Bebauung, für die nur Sammelgaragen vorgesehen sind, sollen Einzelgaragen vorgesehen werden.
- b) Die Ausweisung weiterer Flächen zum Bau von Garagen.
- c) Ein Straßenzug soll in geänderter Form ausgeführt werden.

2.) Anhörung der Träger öffentlicher Belange

Entsprechend § 2 BBauG wurden folgende Behörden und Dienststellen, die Träger öffentlicher Belange sind, am Planverfahren beteiligt:

- 1) Herr Minister für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen,
Saarbrücken, Hardenbergstraße 8
d.d. Herrn Landrat des Kreises Neunkirchen in Ottweiler
- 2) Abdruck dem Herrn Landrat des Kreises Neunkirchen
6682 Ottweiler
- 3) Landesamt für Wasserwirtschaft und Abfallbeseitigung
Saarbrücken, Hellwigstraße 14

- 4) Staatl. Institut für Hygiene und Infektionskrankheiten
Saarbrücken, Malstatter Str. 84
- 5) Staatl. Gesundheitsamt des Kreises Neunkirchen
Neunkirchen, Lindenallee
- 6) Staatl. Straßenbauamt, Saarbrücken, Halbergstr. 84
- 7) Neunkircher Straßenbahn AG, Neunkirchen, Schubertstraße
- 8) Polizeirevier Neunkirchen, Falkenstraße
- 9) Untere Bauaufsichtsbehörde im Hause
- 10) Umlegungsstelle im Hause

3.) Kosten und Wirtschaftlichkeit

Die Änderung umfaßt nur die Umgruppierung von Gebäuden und Garagen, sowie die Ausweisung weiterer Flächen zum Bau von Garagen. Mehrkosten für die geplante Änderung fallen nicht an.

4.) Planentwicklung und Folgeverfahren

Die Änderungen fallen innerhalb des Geltungsbereiches des genehmigten Bebauungsplanes.

Umlegungsmaßnahmen werden für die neu ausgewiesenen Flächen nicht erforderlich.

Erläuterungsbericht

zum Bebauungsplan des Geländes "Enkersberg", in Wiebelskirchen

Bei jeder städtebaulichen Planung sollte das Primäre die Forderung einer optimalen Benutzbarkeit des Einzelobjektes sein. In unserem Falle die einzelne Wohnung. Auch die Verkehrsplanung muß dieser Forderung gerecht werden.

Maßgebend bei der Planung waren:

Grundriß, Lage, Besonnung der einzelnen Wohnhäuser, genügend Freiräume, genügend Abstände der Blocks untereinander, Grünflächen, wirtschaftliche Ausnutzung des Geländes, guter Zuschnitt der einzelnen Parzellen, ohne jedoch allzu großzügig mit dem Gelände zu verfahren. Auf die Führung des Kanals wurde Rücksicht genommen.

Es wurden keine starren Straßenzüge projektiert. Die Straßen verlaufen in leichten Krümmungen und ergeben dadurch ein lebendiges Bild. Lockere Grünflächenzüge mit der vorgesehenen Bebauung ergeben ein Wohngebiet mit wohnlichem Charakter. Das Gelände unter der Hochspannungsleitung der Saarbergwerke ist ohne Bebauung. Die im unteren Teil vorgesehenen komfortableren Einfamilienhäuser sollen 1 Vollgeschoss sowie ein ausgebaut-tes Dachgeschoss erhalten. Für diese Bauten sind in dem Bebauungsplan 32 Baustellen ausgewiesen.

Die 11 Einzelhäuser an der 5,00 m breiten Hauptzugangsstrasse sind als Kaufanwartschaftshäuser vorgesehen. Sie erhalten 2 Vollgeschosse.

Die 13 Einzelhäuser an der Wohnstrasse A sollen ebenfalls als Kaufanwartschaftshäuser gebaut werden und zwar mit 2 Vollgeschossen.

Von der Wohnstrasse B führen Fußwege zu den einzelnen Wohnungen bzw. Wohnblocks. Diese sind als Einfamilien-Reihen Häuser mit 2 Vollgeschossen gedacht. Sie werden so angelegt, daß für besondere Fälle jederzeit ein Fahrzeug an das betreffende Haus fahren kann.

Die Müllboxenplätze kommen für den gesamten Block jeweils an die Strasse. Jedem Block sind Wagenabstellplätze zugeordnet, die aber auch mit Garagen bebaut werden können.

Der eingeplante Kinderspielplatz ist durch Fußwege gut erreichbar. Der Block hinter dem Kinderspielplatz kann erst bei der Durchführung eines weiteren Bauabschnittes gebaut werden. Vorerst wurde seine Grundstücksfläche dem Kinderspielplatz zugeschlagen.

Bei Bedarf kann der eine oder andere Block für den Einbau von Mietwohnungen in Anspruch genommen werden. Die beiden Blocks am Ende der Strasse B als Mietwohnungen 3-geschossig.

Im Zentrum der Anlage wurde ein Geschäftshaus mit vorgelagertem Parkplatz vorgesehen. Es liegt zentral und ist von allen Seiten gleich gut erreichbar.

Allgemeines:

Alle Häuser sollen Grünstäune erhalten. Durch eine Heckenbepflanzung wird eine übersichtliche Abgrenzung von Strassen, Gärten und Plätzen erreicht.

Die Wohnstrasse sollen eine Breite von 4,50 m erhalten. Beiderseits sollen 1,50 m breite Bürgersteige angelegt werden.

Die Hauptzugangsstrasse erhält eine Breite von 5,00 m, ebenfalls mit einem 1,50 m breiten Bürgersteig beiderseits.

Die Fußwege zu den einzelnen Blocks sind 2,00 m breit vorgesehen.

Neunkirchen, den 17. April 1964

Der Architekt AKS-BDA:


HEINZ RÜCKERT
ARCHITEKT AKS BDA
NEUNKIRCHEN - Saar
Schillerstraße 10

Abschrift



KREISSTADT NEUNKIRCHEN
STADTTEIL WIEBELSKIRCHEN
ÄNDERUNG
BEBAUUNGSPLAN NR. 65
„ENKERBERG“ II
I. BAUABSCHNITT
MST. 1:500

Die 4. Änderung des Bebauungsplanes im Sinne des Bundesbaugesetzes (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. I Seite 341). Gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Beauftragtenorgans für die Aufgaben des Stadtrates am 27.03.1974 beschlossen.
Die Ausarbeitung erfolgte durch die Abt. Stadt- und Verkehrsplanung beim Stadtbauamt

gez. Ringeisen
Bau-Ing.
(grad)

gez. Claus
Dipl.-Ing.
Lt. Stadtbaudirektor

Festsetzungen gemäss § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

1	Geltungsbereich	siehe Plan
2	Art der baulichen Nutzung	
2.1.	Baugebiet	Reines Wohngebiet
2.1.1.	zulässige Anlagen	gem. § 3 Abs. 2 (BauNVO)
2.1.2.	ausnahmsweise zulässige Anlagen	keine
3	Mass der baulichen Nutzung	
3.1	Zahl der Vollgeschosse	siehe Plan
3.2	Grundflächenzahl GRZ	siehe Plan
3.3	Geschossflächenzahl	siehe Plan
4	Bauweise	offene
5	Überbaubare Grundstücksflächen	siehe Plan
8	Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	siehe Plan
12	Verkehrsflächen	siehe Plan
14	Versorgungsflächen	siehe Plan
16	Grünflächen wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe	siehe Plan
18	Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und –garagen	siehe Plan

Alle weiteren Festsetzungen bleiben unverändert.

Der geänderte Bebauungsplan hat gemäss § 2 Abs. 6 ausgelegen vom 5. Februar 1975 bis zum 5. März 1975.

Der geänderte Bebauungsplan wurde gemäss § 10 BBauG als Satzung durch den Stadtrat der Stadt Neunkirchen am 21. Mai 1975 beschlossen.

Neunkirchen, den 10 Juni 1975
Der Oberbürgermeister
gez. Kolb

Der geänderte Bebauungsplan wird gemäss § 11 BBauG genehmigt.

Saarbrücken, den 13. Aug. 1975
SAARLAND
MINISTER FÜR UMWELT, RAUMORDNUNG UND
BAUWESEN

D/6 5700/75 KI/Jo

gez. WÜRKER
Dipl.-Ingenieur

Die öffentliche Auslegung gemäss § 12 BBauG wurde
am _____ ortsüblich bekanntgemacht.

- a) SAARBR. ZTG. 8. SEPT. 1975
STADTANZEIG. 10. SEPT. 1975 Hinweis in den Tageszeitungen
- b) 11. SEPTEMBER - 18. SEPTEMBER 1975 Aushang an den Anschlagtafeln

Neunkirchen, den 15. SEPTEMBER 1975
Der Oberbürgermeister
Im Auftrag gez. Birtel
Stadtamtsrat

PLANZEICHEN-ERLÄUTERUNG ZUR ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES ZU DEN FESTSETZUNGEN GEMÄSS § 9 ABS.1 UND 5 BBauG.

ZU 1) GELTUNGSBEREICH DER ÄNDERUNG

ZU 2) ART DER BAULICHEN NUTZUNG

REINES WOHNGEBIET

ZU 3) MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

GESCHOSSZAHL ALS HÖCHSTGRENZE

GRUNDFLÄCHENZAHL GRZ

GESCHOSSFLÄCHENZAHL GFZ

ZU 4) BAUWEISE

OFFENE

BAUGRENZE

ZU 5) ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN

ZU 8) FLÄCHEN FÜR STELLPLÄTZE U. GARAGEN

GARAGEN

ZU 12) VERKEHRSFLÄCHEN

ZU 14) VERSORGUNGSFLÄCHEN

TRAFOSTATION

ZU 16) GRÜNFLÄCHEN

PARKANLAGE

SPIELPLATZ

ZU 18) FLÄCHEN FÜR GEMEINSCHAFTSSTELLPLÄTZE

UND GEMEINSCHAFTSGARAGEN

GEMEINSCHAFTSGARAGEN

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER
NUTZUNG

BESTEHENDE GEBÄUDE

NUTZUNGSSCHABLONE

WR

II

$I + II = 0.4$

$IG = 0.5, IIG = 0.8$

0

Ga

T

GGa

BAUGEBIET | ZAHL D. VOLLGESCHOSSE

GRZ | GFZ

BAUWEISE | DACHFORM

307



STADT NEUNKIRCHEN STADTTTEIL WIEBELSKIRCHEN

BEBAUUNGSPLAN NR. 65

„ENKERBERG“ II

II. BAUABSCHNITT MST. 1:500

Die 4. Änderung des Bebauungsplanes im Sinne des Bundesbaugesetzes (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. I. S. 341) gemäss § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Beauftragtengremiums für die Aufgaben des Stadtrates am 27.3.1974 beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte durch die

Abt. Stadt- und Verkehrsplanung beim Stadtbauamt

gez. Ringelsen

gez. Claus

Bau-Ing.
(grad)

Dipl.-Ing.
Lt. Stadtbaudirektor

Festsetzungen gemäss § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

1	<u>Geltungsbereich</u>	siehe Plan
2	<u>Art der baulichen Nutzung</u>	
	2.1 Baugebiet	Reines Wohngebiet
	2.1.1 zulässige Anlagen	gem. § 3 Abs. 2 (BNVO)
	2.1.2 ausnahmsweise zu Anlagen	keine
3	<u>Mass der baulichen Nutzung</u>	
	3.1 Zahl der Vollgeschosse	siehe Plan
	3.2 Grundflächenzahl GRZ = 0,4	siehe Plan
	3.3 Geschossflächenzahl GFZ = 0,5	siehe Plan

4	<u>Bauweise</u>	offene
5	<u>Ueberbaubare Grundstücksflächen</u>	siehe Plan
8	<u>Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen</u>	innerhalb der über- baren Grundstücks- flächen
12	<u>Verkehrsflächen</u>	siehe Plan

Alle weiteren Festsetzungen bleiben unverändert.

Der geänderte Bebauungsplan hat gemäss § 2 Abs.6 BBauG
ausgelegen vom 5. FEBRUAR 1975 bis zum 5. MÄRZ 1975

Der geänderte Bebauungsplan wurde gemäss § 10 BBauG als
Satzung durch den Stadtrat der Stadt Neunkirchen
am 21. MAI 1975 beschlossen.

Neunkirchen, den 10. JUNI 1975

Der Oberbürgermeister

gez. Kolb

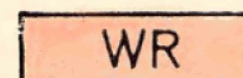
(KOLB)

PLANZEICHEN - ERLÄUTERUNG ZUR ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES ZU DEN FESTSETZUNGEN GEMÄSS § 9 ABS.1 u.5 BBauG

ZU 1) GELTUNGSBEREICH DER ÄNDERUNG

ZU 2) ART DER BAULICHEN NUTZUNG

REINES WOHNGEBIET



ZU 3) MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

GESCHOSSZAHL ALS HÖCHSTGRENZE

GRUNDFLÄCHENZAHL GRZ

GESCHOSSFLÄCHENZAHL GFZ

I

I GESCH. = 0.4

I GESCH. = 0.5

ZU 4) BAUWEISE

OFFENE

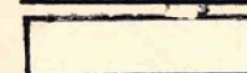
BAUGRENZE

0

ZU 5) ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN



ZU 12) VERKEHRSFLÄCHEN



NUTZUNGSSCHARLONE

BAUGEBIET	ZAHL D. VOLLGESCH.
-----------	-----------------------

GRZ	GFZ
-----	-----

BAUWEISE	DACHFORM
----------	----------

BESTEHENDE GEBÄUDE



Bebauungsplan

zur Änderung des Bebauungsplanes (Satzung) für das
Gelände Enkerter, II. Bauabschnitt in Wietelskirchen,
vom 5. 11. 1965.

Auf Grund des Beschlusses des Gemeinderates Wietelskirchen
vom 16. 2. 1967 und des § 13 BBauG wird der Bebauungsplan
geändert.

Festsetzungen


gemäß § 9 (1) und (5) des BBauG.

- | | |
|-----------------------------------|-------------------------------|
| 1. Geltungsbereich | lt. Plan |
| 2. Art der baulichen Nutzung | |
| a) Baugebiet | reines Wohngebiet |
| b) zulässige Anlagen | siehe Baunutzungsverordn. § 3 |
| 3. Zahl der Geschosse | lt. Plan |
| 4. Stellung der baulichen Anlagen | lt. Plan |

Planzeichenerläuterungen


———— Bereich: Gebäude erhalten Dehnungsfugen

----- Geltungsbereich

 bestehende Gebäude

  geplante Gebäude

----- bestehende Straßen


 geplante Straßen

----- bestehende Grundstücksgrenzen

———— geplante Grundstücksgrenzen

———— Baulinie

———— Baugrenze

 Entwässerungsrichtung

----- Bauweise

Geschoßzahl

Z 1 eingeschossig

Z 2 zweigeschossig

B e b a u u n g s p l a n (Satzung)
Enkerberg II. Bauabschnitt
der Gemeinde
W i e b e l s k i r c h e n

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 27. 6. 1965 beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinn. Saarl. Wohnungsbau-Gesellschaft m.b.H. im Einvernehmen mit der Gemeinde Wiebelskirchen durch den Architekten

Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

- | | | |
|-------|---|-------------------------------|
| 1 | Geltungsbereich | lt. Plan |
| 2 | Art der baulichen Nutzung | Reines Wohngebiet |
| 2.1 | Baugetiet | siehe Baunutzungsverordn. § 3 |
| 2.1.2 | zulässige Anlagen | |
| 3 | Mass der baulichen Nutzung | lt. Plan |
| 3.1 | Zahl der Vollgeschosse | lt. Plan |
| 3.2 | Grundflächenzahl | lt. Plan |
| 3.3 | Geschossflächenzahl | lt. Plan |
| 4 | Bauweise | offene Bauweise |
| 5 | Überbaubare und nicht überbaubare Grundstückflächen | lt. Plan |
| 6 | Stellung der baulichen Anlagen | lt. Plan |
| 7 | Höhenlage der baulichen Anlagen (Mass von OK Strassenkrone Mitte Haus bis OK Erdgeschossfußboden) | lt. Anlage (Höhenplan) |
| 8 | Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken | lt. Plan |
| 9 | Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken | lt. Plan |
| 10 | Baugrundstücke für den Gemeinbedarf | lt. Plan |
| 11 | Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen | lt. Plan |
| 12 | Verkehrsflächen | lt. Plan |
| 13 | Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschlüsse der Grundstücke an die Verkehrsflächen | lt. Plan |
| 14 | Versorgungsflächen | lt. Plan |
| 15 | Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -leitungen | lt. Plan |
| 16 | Grünflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe | lt. Plan |
| 17 | Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschliessungssträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen | lt. Plan |
| 18 | Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen | lt. Plan |

Aufnahme von

Festsetzungen über die äussere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293).

lt. Anlage (Baupolizeiverordnung)

Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 Abs. 3 BBauG

- | | | |
|---|---|--------------------------|
| 1 | Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind | lt. Plan |
| 2 | Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind | entfällt |
| 3 | Flächen, unter denen der Bergbau umgeht | Gesamter Geltungsbereich |
| 4 | Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind | entfällt |

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 4 BBauG

- | | | |
|---|----------|--|
| 1 | entfällt | |
| 2 | | |

Planzeichen-Erläuterung

-----	Bereich: Gebäude erhalten Dehnungsfugen
-----	Geltungsbereich
-----	Bestehende Gebäude
-----	Geplante Gebäude
-----	Bestehende Strassen
-----	Geplante Strassen
-----	Bestehende Grundstücksgrenzen
-----	Geplante Grundstücksgrenzen
-----	Baulinie
-----	Baugrenze
-----	Entwässerungsrichtung
-----	Bauweise
-----	Geschosszahl
Z	Z. 1. eingesch.
GRZ	Z. 2.
GFZ	MIT LEITUNGSRECHT BELAST. FLÄCHEN

Der Bebauungsplan hat gemäß § 2 Abs. 6 BBauG ausgelegen vom 10. März 1965 bis zum 9. April 1965

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG als Satzung vom Gemeinderat am 12. März 1965 beschlossen.



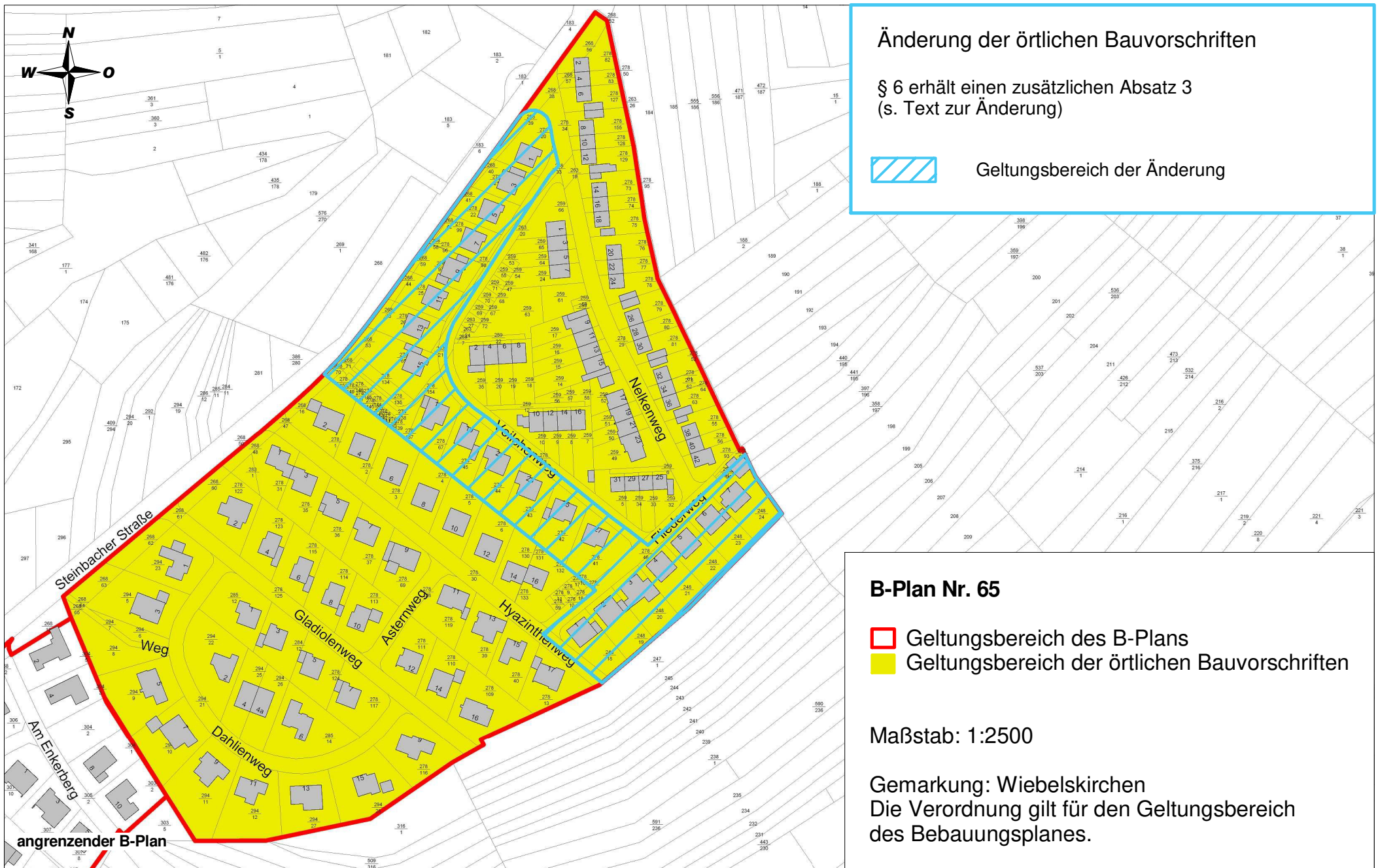
Wiebelskirchen, den 14. März 1965
Der Bürgermeister

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG genehmigt.

Saarbrücken, den
Der Minister für Öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau
Im Auftrag

Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BBauG wurde am
ortsüblich bekanntgemacht.

....., den
Der Bürgermeister



17/1432 Baupolizeiverordnung
für das Gelände „Am Enkerberg“ II. Bauabschnitt
in der Gemeinde Wiebelskirchen

Auf Grund des Polizeiverwaltungsgesetzes (PVG) vom 1. Juni 1931 (GS. S. 77) und der §§ 14, 15 und 16 (1) des Baugesetzes (BauG) vom 19. Juli 1955 (Amtsbl. S. 1159 ff.), ferner der §§ 98 (2) und 97 (12) BauG wird nach Anhörung des Gemeinderates der Gemeinde Wiebelskirchen mit der Genehmigung des Ministers für öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau für das unten näher bezeichnete Gebiet folgende Baupolizeiverordnung erlassen:

§ 1
Örtlicher Geltungsbereich

Das Gebiet ist wie folgt begrenzt:
Im Norden: Von der Steinbacher Straße, Parzelle 268/15.
Im Osten: Von der Westgrenze der Parzellen Flur 20, Nr. 184, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 440/195, 441/195, 397/196, 358/195, 198.
Im Süden: Von der Nordgrenze der Parzellen Flur 20, Nr. 247, 410/316, 508/316, 509/316, 317 und 318.
Im Westen: Von der Ostgrenze der Parzellen Flur 20, Nr. 304/4, 304/3, 304/2, 304/1, 303/2, 303/1.

§ 2
Gestaltung der Hauptgebäude

- (1) Flachdach, Satteldach und abgesetztes Dach, Dachneigung von 0 bis 15 Grad, ohne Kniestock und Dachaufbauten.
- (2) ~~Es sind für die Häuser mit Satteldächern nur rechteckige Grundrisse mit einem Verhältnis von Breite (Giebelseite) zu Länge (Traufseite) von mindestens 1:1,15 erlaubt.~~
- (3) Doppelhäuser sind bezüglich Giebelhöhe, Dachform, Dacheindeckung, Traufen- und Sockelausbildung einheitlich zu gestalten.
- (4) Innerhalb der Straßenzüge ist der Außenputz in aufeinander abgestimmten Farben auszuführen. Bei Verwendung von Kunstschiefer (Eternit), Glasal usw. sind nur großformatige rechteckige Platten in horizontaler Anordnung zulässig. Farbabstimmung wie Außenputz. Sockelhöhe max. 1,20 m gemessen von O.-K. gewachsenem Boden bis Oberkante Erdgeschoßfußboden Mitte Gebäudevorder- bzw. Gebäuderückseite.

§ 3
Gestaltung der Anbauten

- (1) Dachform: Flach oder der Dachform des Hauptgebäudes angepaßt.

- (2) Dachneigung: 0 bis 15 Grad.
- (3) Dacheindeckung: Flachdachausbildung oder Dacheindeckungsmaterial wie Hauptgebäude.

§ 4
Gestaltung der Garagen

Gestaltung bezüglich Dachform, Dachneigung und Dacheindeckung wie § 3. Doppel- und Reihengaragen müssen gleiche Dachneigung und Eindeckung haben.

§ 5
Sonstige Nebengebäude

Gestaltung bezüglich Dachform, Dachneigung und Dacheindeckung wie § 3.

§ 6
Gestaltung der Einfriedigungen

- (1) Als Einfriedigung des Grundstückes zur Straßenbegrenzung sowie entlang der seitlichen Grenzen im Vorgartenbereich sind grundsätzlich nur Hecken zugelassen. Bei bergseitigen Grundstücken können Einfriedigungsmauern aus Waschbeton bis max. 0,40 m Höhe als Böschungsstütze errichtet werden.
- (2) Für die Einfriedigung des rückwärtigen Grundstückes ist Maschendrahtzaun bis max. 1,50 m Höhe oder ein Holzspriegelzaun bis max. 1,20 m Höhe zulässig.

entfallen
§ 7
Zwangsmittel

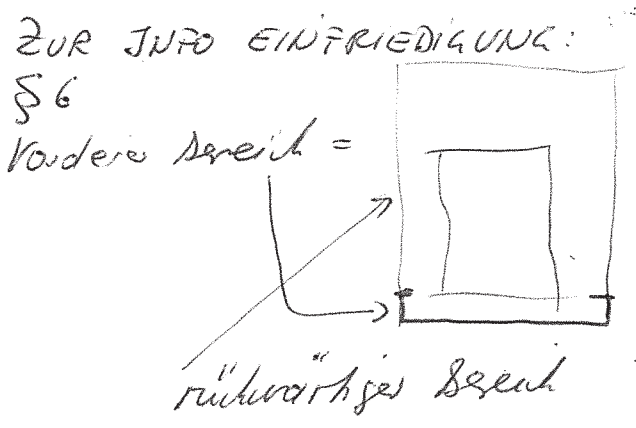
Für jeden Fall der Nichtbefolgung dieser Baupolizeiverordnung wird die Festsetzung eines Zwangsgeldes bis zu 125 DM, im Nichtbeitreibungsfalle die Festsetzung einer Zwangshaft bis zu 3 Wochen angedroht. Daneben bleibt der Landrat als Kreispolizeibehörde befugt, die Herstellung vorschriftsmäßiger Zustände auf Kosten des Zuwiderhandelnden herbeizuführen.

§ 8
Inkrafttreten

Vorstehende Baupolizeiverordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung im Amtsblatt des Saarlandes in Kraft.
Wiebelskirchen, den 25. November 1965.

Der Amtsvorsteher
Werner

2 AL-2 ... !
...
...



Schiedsmann-Bezirk	Name und Anschrift des gewählten Schiedsmannes
VII. V.-Geislauren	der Telefonist Hans Brenner 662 Völklingen, Warndtstraße 90 zum Schiedsmann
VIII. V.-H.-R.-Höhe	der Hüttenmeister Rudolf Britz 662 Völklingen, Saarburger Straße 3 zum Schiedsmann
VIII. V.-H.-R.-Höhe	der Schlosser Willi Lorson 662 Völklingen, Saarburger Straße 5 zum stellv. Schiedsmann

Durch den Herrn Amtsgerichtsdirektor des Amtsgerichtsbezirks Völklingen wurden die vorgenannten Schiedsmänner und Stellvertreter am 20. April 1967 unter Hinweis auf den früher geleisteten Eid bzw. am 24. April 1967 eidlich verpflichtet. Die am Tage der Verpflichtung begonnenen dreijährigen Amtszeiten laufen bis 19. April bzw. 23. April 1970.

Völklingen, den 10. Mai 1967

Der Oberbürgermeister
In Vertretung
Fischer
Bürgermeister

198 Bekanntmachung über die Offenlegung des Liegenschaftskatasters

Vom 5. Mai 1967

Das aus Anlaß der Übernahme der Bodenschätzungsergebnisse neu aufgestellte Liegenschaftskataster der Gemeinden Morsholz

und Thailen wird in der Zeit vom 13. Juni bis 13. Juli 1967 bei dem Katasteramt Wadern, Zimmer Nr. 5, während der Dienststunden von 8 bis 12 Uhr offengelegt.

Es werden die Katasterbücher und die Schätzungskarten offengelegt. Die in das Liegenschaftskataster übernommenen Angaben werden nicht besonders bekanntgegeben.

Gegen die in das Liegenschaftskataster übernommenen Angaben können die Grundstücks- und Gebäudeeigentümer und die Inhaber grundstücksgleicher Rechte Widerspruch nach den Vorschriften der Verwaltungsgerichtsordnung vom 21. Januar 1950 (Bundesgesetzbl. I S. 17) erheben.

Der Widerspruch ist nicht zulässig:

- gegen den Eigentumsnachweis, wenn er mit dem Nachweis im Grundbuch übereinstimmt;
- gegen Angaben, die aus dem bisherigen Kataster unverändert übernommen sind. Die Abänderung solcher Angaben kann nur verlangt werden, wenn den Berechtigten nach den maßgebenden Bestimmungen für die Fortführung und Erneuerung des bisherigen Katasters ein Anspruch auf Berichtigung bereits zustand;
- gegen die auf Grund des Gesetzes über die Schätzung des Kulturbodens (Bodenschätzungsgesetz) vom 16. Oktober 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 1050) rechtskräftig festgestellt und in das Liegenschaftskataster übernommenen Schätzungsergebnisse.

Der Widerspruch ist bis spätestens zum 14. August 1967 bei dem obengenannten Katasteramt schriftlich oder zur Niederschrift zu erheben. Für die Kosten findet die Kostenordnung im Widerspruchsverfahren vom 14. Januar 1961 (Amtsbl. S. 42) in der Fassung vom 5. Juni 1961 (Amtsbl. S. 345) Anwendung.

Mit Ablauf der Offenlegungsfrist tritt das neu aufgestellte Liegenschaftskataster an die Stelle des bisheriger Katasters.

Wadern, den 5. Mai 1967

Der Leiter des Katasteramtes
Schmitt

III. Amtliche Bekanntmachungen

1/5779 (2) Auflösung einer GmbH

Die Fa. Procredit Vermittlungsges. mbH in Saarbrücken ist aufgelöst. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei ihr zu melden.

Saarbrücken, den 6. März 1967

Der Liquidator
Norbert Scheffer
66 Saarbrücken
Am Kieselhumes 81

2/655 Örtliche Bauvorschriften (Satzung) vom 16. Februar 1967 zur Änderung der Baupolizeiverordnung für das Gelände „Enkerberg“, II. Bauabschnitt, in der Gemeinde Wiebelskirchen vom 25. November 1965 (Amtsbl. S. 992)

Auf Grund des § 113 Abs. 1 der Bauordnung für das Saarland (LBO) vom 12. Mai 1965 (Amtsbl. S. 529) in Verbindung mit § 11 der Gemeindeordnung vom 15. Januar 1964 (Amtsbl. S. 123) wird mit Genehmigung des Ministers für Öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau folgende Satzung erlassen:

§ 1

Gestaltung der Hauptgebäude

§ 2 Abs. 2 der obigen Baupolizeiverordnung wird gestrichen.

§ 2

Inkrafttreten

Vorstehende Satzung tritt einen Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft.

Wiebelskirchen, den 5. Mai 1967

Der Bürgermeister
Jung

3/668

Vergleichsverfahren

19 VN 7/67 – Die Saarbrücker Rolladenfabrik Friedrich Schwegler, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Saarbrücken, Meerwiesertalweg 12–14, im Handelsregister unter Nr. 17 HRB 2322 eingetragen, die die Fabrikation von Holz- und Stahlrolladen jeglicher Art zum Gegenstand hat, – vertreten durch den Geschäftsführer Diplom-Volkswirt Philipp Chevalier, – hat durch einen am 21. April 1967 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über ihr Vermögen beantragt.

Gemäß § 11 Vergl.O. wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Diplom-Kaufmann Dr. Wilfried Dann, Saarbrücken, Beethovenstraße 9, zum vorläufigen Verwalter bestellt.

Amtsgericht Saarbrücken

ber 1974 (Amtsbl. 1975, S. 85) in Verbindung mit § 12 der Gemeindeordnung vom 2. Januar 1975 (Amtsbl. S. 49) werden mit Genehmigung des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen — Oberste Bauaufsicht — für das bezeichnete Gebiet folgende örtliche Bauvorschriften erlassen:

§ 1

Örtlicher Geltungsbereich

Diese Vorschriften gelten für den Bereich der nicht überbauten Grundstücksfreiflächen (Gärten und Stellplätze) des Wohngebiets an der Lilienstraße in St. Ingbert, bestehend aus den Hausgrundstücken Lilienstraße Nr. 1 bis Nr. 46.

§ 2

Bauliche Nebenanlagen

Bauliche Nebenanlagen in den Gärten wie Lauben, Gerätehäuser, freistehende offene Kamine in Massivbauweise und ähnliches sind nicht zugelassen.

§ 3

Einfriedigungen

(1) Im Bereich der Vorgartenflächen sind Einfriedigungen nicht zugelassen.

(2) An den seitlichen Grundstücksgrenzen und an den rückwärtigen Grundstücksgrenzen sind Einfriedigungen aus Maschendraht zwischen Stahlpfosten, Holzstaketen (Jägerzäune), Lamellenzäune oder ähnliche, den freien Durchblick nicht verwehrende Einfriedigungsarten, die eine optische Durchgängigkeit der gärtnerischen Gesamtanlage nicht beeinträchtigen, bis zu einer Gesamthöhe von 1,50 m zugelassen.

§ 4

Pergolen, Sichtblenden

In den Bereichen der gartenseitigen Terrassen sind an den seitlichen Grenzen und in der rückwärtigen Gebäudeflucht (Abschlußwand des Wohnzimmers) Sichtblenden aus Holzelementen, Filigran-Mauerwerk (Ornamentsteine), Flecht- und Spanholzblenden oder Kunststoffelemente zwischen Metall- oder Holzrahmen bis zu einer Gesamthöhe von 2,00 m zugelassen.

Die Holzelemente dürfen nur mit Natur-Lasurfarben gestrichen werden. Betonelemente und Ornamentsteine sind im Farbton dem Außenputz der Wohnhäuser anzupassen.

§ 5

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig nach § 111 Abs. 1 Nr. 7 LBO handelt, wer bauliche Anlagen im Widerspruch zu den §§ 2 bis 4 dieser örtlichen Bauvorschriften errichtet oder ändert.

(2) Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis zu 20 000 DM geahndet werden.

§ 6

Inkrafttreten

Vorstehende örtliche Bauvorschriften treten einen Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt des Saarlandes in Kraft.

St. Ingbert, 2. März 1979

Der Oberbürgermeister

Dr. Hellenthal

432

Örtliche Bauvorschriften (Satzung)

zur Änderung der örtlichen Bauvorschriften (Satzung) für das Gelände „Am Enkerberg“, II. Bauabschnitt, in der Stadt Neunkirchen, Stadtteil Wiebelskirchen

Auf Grund des § 113 Abs. 1 der Bauordnung für das Saarland (Landesbauordnung — LBO) in der Fassung vom 27. Dezember 1974 (Amtsbl. 1975, S. 85) in Verbindung mit § 12 der Gemeindeordnung vom 2. Januar 1975 (Amtsbl. 1975, S. 49) werden mit Genehmigung des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen — Oberste Bauaufsichtsbehörde — die örtlichen Bauvorschriften wie folgt geändert.

§ 1

Die im Amtsblatt des Saarlandes, Nr. 122/65 Seite 992 und Nr. 21/67 Seite 41 veröffentlichten Satzungen werden wie folgt geändert:

§ 2

§ 6 erhält folgenden Absatz 3:

Als Einfriedigung der Grundstücke zur Straßenbegrenzung sowie entlang den seitlichen Grenzen im Vorgartenbereich der Straßen Veilchenweg und Fliederweg sind Hecken sowie sonstige Einfriedigungen bis maximal 1,00 m Höhe zulässig, ausgenommen hiervon sind Mauern über 0,40 m Höhe.

§ 3

Die Grenzen des Geltungsbereiches des § 6 Abs. 3 (Teilbereich innerhalb des Geltungsbereiches des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Enkerberg) werden entgegen dem Uhrzeigersinn wie folgt beschrieben:

Beginnend vom Schnittpunkt der Achse Nelkenweg mit der Achse Steinbacher Straße, von hier entlang der Straßenachse Steinbacher Straße in südwestlicher Richtung ca. 145 m bis zur gedachten Verlängerung der südwestlichen Grenzen der Parzellen Flur 20, Nrn. 268/55, 278/68, 278/66, 278/67, 278/45, 278/44, 278/43, 278/42, 278/41 weiter bis zum gedachten Schnittpunkt mit der Achse Fliederweg. Von hier der Achse Fliederweg in südwestlicher Richtung folgend bis zum Schnittpunkt mit der Achse Hyazinthenweg, dann der Achse Hyazinthenweg in südöstlicher Richtung folgend bis zum Schnittpunkt mit der nordwestlichen Grenze des Grundstücks Flur 20, Nr. 247/1 — der Geltungsbereich folgt weiter dieser Grenze in nordöstlicher Richtung bis zur südwestlichen Grenze des Grundstücks Flur 20, Nr. 198. Danach verläuft der Geltungsbereich weiter entlang der nordöstlichen Grenze des Grundstücks Flur 20, Nr. 248/24 bis zum nördlichen Eckpunkt dieser Parzelle. Von hier entlang der nordwestlichen Grundstücksgrenze der Parzelle Flur 20, Nr. 248/24 in südwestlicher Richtung bis zur Straßenachse Fliederweg, dieser Achse in südwestlicher Richtung folgend bis zum Schnittpunkt mit der Achse Veilchenweg. Nun folgt der Geltungsbereich der Achse des Veilchenweges bis zum nördlichen Schnittpunkt dieser Achse mit dem Nelkenweg, danach weiter der Achse des Nelkenweges in nördlicher Richtung folgend bis zum Schnittpunkt der Achsen Nelkenweg/Steinbacher Straße, gleichzeitig Ausgangspunkt.

§ 4

Inkrafttreten

Die Änderung der örtlichen Bauvorschriften tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt des Saarlandes in Kraft.

Neunkirchen, den 5. Februar 1979

Neuber

Oberbürgermeister

Örtliche Bauvorschriften (Satzung)

zur Änderung der örtlichen Bauvorschriften (Satzung) für
das Gelände "Am Enkerberg", II. Bauabschnitt, in der
Stadt Neunkirchen, Stadtteil Wiebelskirchen

Aufgrund des § 113 Abs. 1 der Bauordnung für das Saarland (Landesbauordnung LBO) in der Fassung vom 27. 12. 1974 (ABl. 1975, S. 85) in Verbindung mit § 12 der Gemeindeordnung vom 2. 1. 1975 (ABl. 1975, S. 49) werden mit Genehmigung des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen - Oberste Bauaufsichtsbehörde - die örtlichen Bauvorschriften wie folgt geändert.

§ 1

Die im Amtsblatt des Saarlandes, Nr. 122/65 und Nr. 21/67 veröffentlichten Satzungen werden wie folgt geändert:

§ 2

§ 6 erhält folgenden Absatz 3:

Als Einfriedigung der Grundstücke zur Straßenbegrenzung sowie entlang den seitlichen Grenzen im Vorgartenbereich der Straßen Veilchenweg und Fliederweg sind Hecken sowie sonstige Einfriedigungen bis maximal 1,00 m Höhe zulässig, ausgenommen hiervon sind Mauern über 0,40 m Höhe.

§ 3

Die Grenzen des Geltungsbereiches des § 6 Abs. 3 (Teilbereich innerhalb des Geltungsbereiches des rechtsverbindlichen Bebauungsplan Enkerberg) werden entgegen dem Uhrzeigersinn wie folgt beschrieben:

Beginnend vom Schnittpunkt der Achse Nelkenweg mit der Achse Steinbacher Straße, von hier entlang der Straßenachse Steinbacher Straße in südwestlicher Richtung ca. 145 m bis zur gedachten Verlängerung der südwestlichen Grenzen der Parzellen

Flur 20, Nrn. 268/55, 278/68, 278/66, 278/67, 278/45, 278/44, 278/43, 278/42, 278/41 weiter bis zum gedachten Schnittpunkt mit der Achse Fliederweg. Von hier der Achse Fliederweg in südwestlicher Richtung folgend bis zum Schnittpunkt mit der Achse Hyazinthenweg, dann der Achse Hyazinthenweg in südöstlicher Richtung folgend bis zum Schnittpunkt mit der nordwestlichen Grenze des Grundstücks Flur 20, Nr. 247/1 - der Geltungsbereich folgt weiter dieser Grenze in nordöstlicher Richtung bis zur südwestlichen Grenze des Grundstücks Flur 20, Nr. 198. Danach verläuft der Geltungsbereich weiter entlang der nordöstlichen Grenze des Grundstücks Flur 20, Nr. 248/24 bis zum nördlichen Eckpunkt dieser Parzelle. Von hier entlang der nordwestlichen Grundstücksgrenze der Parzelle Flur 20, Nr. 248/24 in südwestlicher Richtung bis zur Straßbenachse Fliederweg, dieser Achse in südwestlicher Richtung folgend bis zum Schnittpunkt mit der Achse Veilchenweg. Nun folgt der Geltungsbereich der Achse des Veilchenweges bis zum nördlichen Schnittpunkt dieser Achse mit dem Nelkenweg, danach weiter der Achse des Nelkenweges in nördlicher Richtung folgend bis zum Schnittpunkt der Achsen Nelkenweg - Steinbacher Straße, gleichzeitig Ausgangspunkt.

§ 4

Inkrafttreten

Die Änderung der örtlichen Bauvorschriften tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt des Saarlandes in Kraft.

Neunkirchen, den 05.02.1979


(Neuber)

